
DER ÖSTERREICHISCHE WEG

Rezension von: Erich Fröschl/Helge Zoitl (Hrsg.), *Der österreichische Weg 1970–1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben*, Wien 1986, 310 S., öS 248,-

In Zeiten, in denen – der Band beruht auf den Beiträgen des wissenschaftlichen Symposions obigen Titels im Renner-Institut vom Frühjahr 1985 – den „agents provocateurs“ des gleichgeschalteten Teils der – bürgerlichen – Presse das Krankbeten von Ökonomie und Gesellschaft zum „business as usual“ geraten ist, kommt den hier vorliegenden Analysen und Bestandsaufnahmen hoher Orientierungswert zu. Denn immer virulenter wird die Frage, ob sich die Strategie des „fordistischen Akkumulationsmodells“ (Hirsch) austrokeynesianischer Prägung in der Krise wird durchhalten lassen, ob die Grundsätze kompensatorischer Rechtsanwendung und sozialer, partizipatorischer Demokratie an den Folgekosten des „deficit spending“ der 70er Jahre (hoher Schuldendienst, verzögerter Strukturwandel) scheitern werden, und nicht zuletzt, ob mit Keller (184) davon ausgegangen werden muß, daß „die mangelnde einheitliche Konzeption (einer koalitionsären Politik; N. D.), die dann sozusagen in einer Regierungsvorlage steckt, und die Verhinderung der öffentlichen Diskussion sozialistischer Reformideen ... nicht zu einer Verlangsamung, sondern zu einem Stillstand des forcierten Bewußtseinsbildungsprozesses und damit zu einem Stillstand möglicher Reformpolitik“ führt. In diesem Sinne sind die Beiträge überwiegend auf die derzeit verlaufenden Brüche und Konfliktlinien ge-

sellschaftlicher Reformpolitik konzentriert.

Nichtsdestotrotz wird anschaulich vor Augen geführt, welche Leistungsbilanz der sozialdemokratische Reformismus nach 1970 aufzuweisen hat: Insbesondere die Beiträge von Nowotny („Die Wirtschaftspolitik in Österreich seit 1970“), Talos („Sozialpolitik in Österreich seit 1970“), Keller („Die Rechtsreform seit 1970“) und Hieden („15 Jahre der Reform – Überlegungen zur sozialistischen Schulpolitik“) verdeutlichen, daß der Reformismus in Österreich weitreichende materielle und kulturelle Partizipationsmöglichkeiten für die Lohnabhängigen geschaffen hat. Die Autoren gehen hierbei einhellig von einer Dreiteilung der Ära sozialdemokratischer Regierungsverantwortung zwischen 1970 und 1985 aus. In der erste Phase zwischen 1970 und 1975 seien nicht nur wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen wie die Abstimmung des Verhältnisses zur EG, die Stahlfusion, der Übergang zum Mehrwertsteuersystem u. a. gefallen, sondern war auch der umverteilungspolitische Spielraum für mannigfache Verbesserungen und Anpassungen in den Bereichen der Sozialversicherung, der Familien- und Arbeitsmarktpolitik vorhanden, konnte insbesondere das kollektive Arbeitsrecht kodifiziert werden. In diese Zeit fallen auch das Inkrafttreten der Gewerbeordnung, die Anfänge der Umweltpolitik, die Strafrechtsreform als wesentlicher Umsetzungshebel reformistischer Integrationspolitik, das Universitätsorganisationsgesetz u. v. a.

Die Phase von 1975 bis 1980 läßt sich als „bewußt verzögerte Anpassung“ (Nowotny, 39) an den internationalen Krisenverlauf umschreiben. Gleichwohl die Erhöhung des Budgetdefizits durch den expansiven Einsatz finanzpolitischer Instrumente den sozial- und gesellschaftspolitischen Spielraum verringerte und sich der Schwerpunkt reformistischer Politik auf eine defensive Bestandserhaltung verlagert hatte, kam es u. a. neben

schul-, hochschul- und forschungspolitischen Reformschritten in Richtung sozialer Demokratie zur Einrichtung der Volksanwaltschaft 1977, der Familienrechtsreform 1977 und der Wahlrechtsreform 1979, auf dem Umweltschutzsektor bspw. zum Dampfkessel-emissionsgesetz (1980) u. a. m. Nach dem Kriseneinbruch 1980/81, dem zweiten Ölpreisschock und der US-Hochzinspolitik mußte der als Krisenwiderlager eingeschlagene expansive Kurs der Finanzpolitik jedoch bereits 1984/85 abgebrochen und zugunsten einer „austerity“-Variante „gewendet“ werden. Die zunehmend geringer werdenden Spielräume erzwangen eine sozialpolitische Defensivorientierung, welche nunmehr vorwiegend in einer Verstärkung des Versicherungsgedankens, der Subsidiaritätskonzeption und der Propagierung privater Risikoversorge ihren Ausdruck findet. Diese Defensivorientierung läßt sich daneben nicht nur in der Schul- und Hochschulpolitik, sondern auch in der Kultur- und Medienpolitik nachzeichnen.

Ohne hier auf den weiteren Krisenverlauf 1986/87, sozialpolitische Restriktionen wie die Sozialhilfegesetz-novellen 1985/86, die Verstaatlichtenkrisis u. a. m. einzugehen, sei hier ein Umstand unter Licht besehen, welchen insbesondere Fischer-Kowalski („Gesellschaftliche Modernisierung – und was kommt danach?“) und Keller herausheben. Fischer-Kowalski, die den Prozeß der Durchsetzung sparsamer demographischer Reproduktion (niedrige Geburten und Sterberaten), der Herausbildung der universalen Kernfamilienlebensweise, der Einpendelung des Urbanisierungsprozesses auf einem international relativ niedrigen Niveau, die Verallgemeinerung der Lohnarbeit bzw. die „Salarisierung“ und die Zurückdrängung körperlicher Arbeit als „Programm gesellschaftlicher Modernisierung“ umschreibt, hebt heraus, daß eine Reihe dieser Prozesse relativ eigendynamisch verläuft, reformistische Politik

demzufolge sich im Nachvollzug oder in Auspendelung ungleichgewichtiger Prozesse erschöpft. Diesen Umstand betont auch Keller, der die Familienrechtsreform 1977 als Nachvollzug gesellschaftlichen Wandels und erst sekundär als planvolles „social engineering“ auffaßt (178 f.). Analoges kann auch für das Verhältnis von Sozialreformismus und „neuen sozialen/politischen Strömungen“ gesagt werden: die Sozialdemokratie ist, so Gehmacher (202ff.) von einem rapiden Schrumpfen ihres Wählerstocks, einem Zerfallen des Stammwählerlagers und dem Anwachsen der ohne traditionelle Bindung wählenden neuen Mittelschichten betroffen und kann den aus den sich entfaltenden Widersprüchen entwickelnden schillernden Protestbewegungen keine wirksame Integrationsstrategie entgegensetzen. Für viele Spezifika des fordistischen Akkumulations- und Umverteilungsmodells mag sohin gelten, was Fabris („Ein österreichischer Weg in die Informationsgesellschaft? Veränderungen der österreichischen Medien-, Informations- und Kommunikationslandschaft“) für den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des österreichischen Medienkapitals pointiert angemerkt hat: „Ein ‚österreichischer Weg‘ ist nur insofern erkennbar, als die Entwicklung zögernder als in anderen Ländern und vor allem unter den Fittichen der (Medien-) Sozialpartner erfolgte. Sozialistische Wegmarken sind nur schwer auszumachen.“ (237)

Trotzdem sich heute in vielen Bereichen – vgl. Sozialhilfegesetz-novellen, indexierte Stipendienerrhöhungen, nachfragestützende Sozialtransfers, Arbeitsmarktförderungsprogramme, Kulturförderung usf. – Erosionserscheinungen an den reformistischen Errungenschaften der 70er Jahre bemerkbar machen, darf meines Erachtens nicht übersehen werden, daß der soziokulturelle Teilhabestandard in Österreich tiefgreifende soziale Desorganisationserscheinungen

bislang absorbiert hat. Um so mehr gilt es, den Hinweis von Marin („Woher und Wohin? Der ‚österreichische Weg‘ und die Rolle der ‚Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft‘ in der Politik – ein paar unfrisierte Überlegungen“) ernst zu nehmen, daß nicht „alles unvermeidlich und quasi auch naturgesetzlich ist, daß in den letzten Jahren keine anderen Spielräume dagewesen wären, sondern . . . daß man jetzt (von der austrokeynesianischen Strategie; N. D.) abgegangen ist, . . . (daß) auch der politische Wille, Vollbeschäftigung zu erhalten, verlorenging.“ (73)

Mit Abstrichen liegt hierin auch das Verdienst des vorliegenden Bandes, nämlich aufgezeigt zu haben, daß Reformspielräume nicht ausgeschöpft wurden, was nicht nur ein Hinweis auf die komplexe Dialektik zwischen objektiven materiellen Verhältnissen und subjektiven, sozialen, organisierten Veränderungsstrategien ist, sondern gleichzeitig auch programmatisch vorgibt, welcher Weg den in der Sozialdemokratie um eine Beibehaltung des reformistischen Kurses Ringenden begehbar bleibt.

Nikolaus Dimmel